

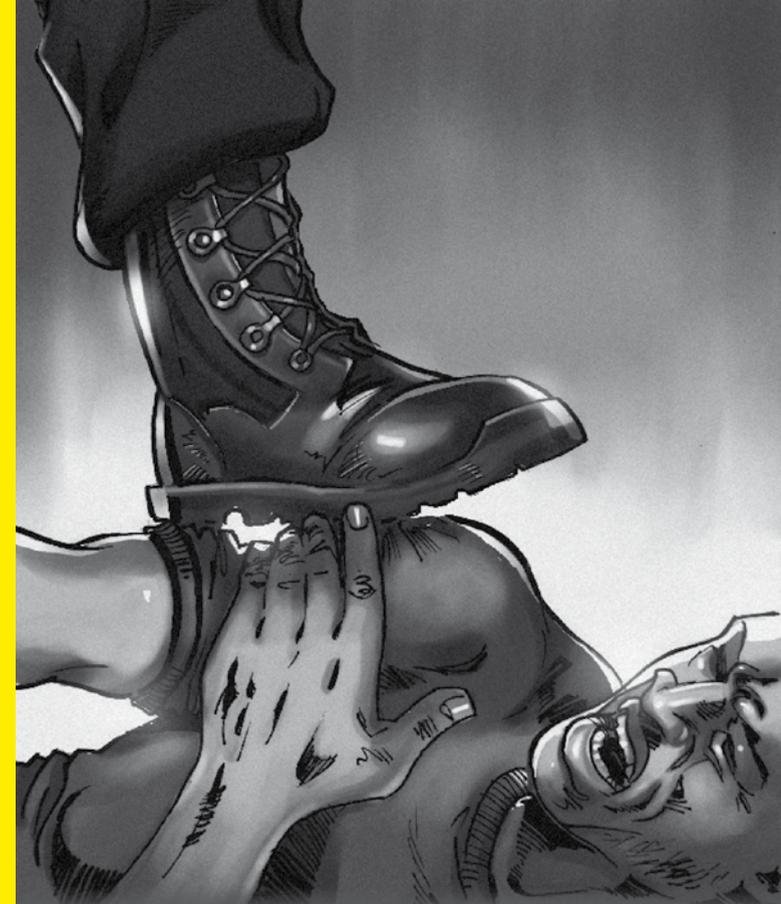
Meinungsäußerung, Zugang zu Informationen und Pressefreiheit.

Imoleayo Adeyeun Michael ist ein 31-jähriger Computerprogrammierer, der Opfer von Polizeigewalt und Einschränkung der Meinungsfreiheit im Zusammenhang mit den #EndSARS-Protesten wurde. Nachdem er sich den Protesten angeschlossen hatte, brach ein Team von 20 Sicherheitskräften und Beamt_innen des Department for State Services (DSS) am 13. November 2020 nachts in das Haus von Imoleayo Adeyeun ein. Sie sperrten seine Mutter, seine Frau und seinen einjährigen Sohn in einem Raum ein und verhafteten ihn. Daraufhin verbrachte er 41 Tage in einer unterirdischen Zelle, bis er gegen Kautionsfreigelassen wurde. Während der Haft wurde er mit Handschellen gefesselt und an einen Stahlschrank auf dem blanken Boden gekettet, wo er eine Lungenentzündung bekam. Weil er sein Recht auf Protest wahrgenommen hat, wird nun wegen Verschwörung mit anderen zur Störung des öffentlichen Friedens angeklagt.

Imoleayo Adeyeun Michael ist einer von vielen Einzelfällen, die im Rahmen der #EndSARS-Proteste Opfer von Polizeigewalt und Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit wurden.

AMNESTY INTERNATIONAL RUFT DIE NIGERIANISCHE REGIERUNG AUF

- eine zeitnahe, gründliche, unparteiische, effektive und transparente Untersuchung aller Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte, einschließlich der unrechtmäßigen Tötungen der Protestierenden der #EndSARS-Bewegung, sicher zu stellen und alle, die für die getöteten und verletzten Protestierenden verantwortlich sind, vor Gericht zu stellen.
- alle im Rahmen der #EndSARS-Bewegung verhafteten Protestierenden unverzüglich und bedingungslos freizulassen.
- den Zugang zur Justiz, wirksamen Rechtsmitteln sowie eine angemessene Entschädigung für die Opfer und ihre Familien sicherzustellen und diesen garantieren, dass sich die Geschehnisse nicht wiederholen.
- eine öffentliche Erklärung zur Umsetzung der Forderungen der Protestierenden abzugeben. Diese sind: Polizeigewalt beenden sowie die Rechenschaftspflicht für außergerichtliche Hinrichtungen, Vergewaltigungen, Folter und Erpressung durch die Sicherheitskräfte sicherzustellen.



Alle Illustrationen: © Amnesty International Nigeria

Amnesty International Bericht zu #EndSARS:
„TIME TO END IMPUNITY – TORTURE AND OTHER VIOLATIONS BY SPECIAL ANTI-ROBBERY SQUAD (SARS)“
Index: AFR 44/9505/2020

AMNESTY INTERNATIONAL 10115 Berlin
Spendenkonto IBAN: DE23370205000008090100
Verwendungszweck: Nigeria-Kogruppe 2044

**#EndSARS –
STRAFLOSIGKEIT FÜR
SICHERHEITSKRÄFTE
IN NIGERIA BEENDEN!**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



#EndSARS

Ende 2017 starteten Menschenrechtsverteidiger_innen und Aktivist_innen in Nigeria die Kampagne #EndSARS. Das Special Anti-Robbery Squad – SARS ist eine Spezialeinheit der nigerianischen Polizei, deren Aufgabe es ist, Gewaltverbrechen zu bekämpfen. Stattdessen haben deren Mitglieder jedoch selbst zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen wie extralegale Tötungen, Folter und andere Misshandlungen, Vergewaltigungen und Erpressungen. Demonstrationen in den großen Städten Nigerias forderten die Regierung auf, SARS aufzulösen und die Sicherheitskräfte, die Verbrechen begangen haben, vor Gericht zu stellen. Auf den sozialen Medien wurden erschreckende Geschichten von Übergriffen durch SARS mit Bildern und Videos geteilt.

Im Juni 2020 veröffentlichte Amnesty International den Bericht „TIME TO END IMPUNITY – TORTURE AND OTHER VIOLATIONS BY SPECIAL ANTI-ROBBERY SQUAD (SARS)“, der zahlreiche Menschenrechtsverletzungen durch SARS zwischen Januar 2017 und Mai 2020 dokumentiert.



Die #EndSARS-Proteste zwangen die nigerianischen Behörden 2020 zur Auflösung der Spezialeinheit SARS. Mehrere Bundesstaaten haben Rechtsausschüsse zur Untersuchung der Machtmissbrauchsfälle durch SARS eingesetzt. Die

Missbrauchsfälle wurden jedoch bis heute nicht aufgearbeitet, die gleichen Methoden wurden in anderen Spezialeinheiten weitergeführt. Die #EndSARS-Proteste wurden somit zu einem Protest gegen Gewalt und Machtmissbrauch der Sicherheitskräfte, der auch nach der offiziellen Auflösung des Special Anti-Robbery Squads anhält. Der Bewegung wurde jedoch mit derselben Gewalt begegnet, die zu ihrer Entstehung geführt hat und deren Bekämpfung ihr erklärtes Ziel war.

MASSENPROTESTE UND IHRE BLUTIGE NIEDERSCHLAGUNG

Als am 3. Oktober 2020 ein Video auf Twitter veröffentlicht wurde, das zeigt, wie eine SARS Einheit einen nigerianischen Bürger erschießt, kam es zu Massenprotesten denen die Polizei mit exzessiver Gewaltanwendung begegnete: Protestierende wurden mit scharfer Munition beschossen, geschlagen und verhaftet. Auch Wasserwerfer und Tränengas waren im Einsatz, um die Menschenmassen aufzulösen.

Am 20. Oktober zwischen 18:45 Uhr und 21:00 Uhr haben das nigerianische Militär sowie die Polizei in Lekki und Alausa, zwei Stadtteile der Metropole Lagos, ohne Vorwarnung das Feuer auf tausende Demonstrierende eröffnet, die im Rahmen der #EndSARS-Bewegung friedlich für eine verantwortungsbewusste Regierungsführung und gegen Polizeigewalt protestierten. Dabei wurden mindestens 12 friedlich Protestierende getötet und zahlreiche weitere verwundet.

Die vermeintlichen Anführer_innen und Geldgeber_innen der Bewegung wurden von der Regierung ins Visier genommen, einige Bankkonten eingefroren und Reisepässe beschlagnahmt.

ANGRIFF AUF MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

Amnesty International hat den Polizeieinsatz am 20.10.2020, bei dem auf die Protestierenden scharf geschossen wurde, sorgfältig recherchiert und anhand von Fotos und Videos, die auf Social Media geteilt wurden, rekonstruiert. Dennoch leugnet die Regierung, dass es zu dieser exzessiven Gewaltanwendung kam und beschuldigt Journalist_innen und Amnesty International der Verbreitung von Falschinformationen.

Drei bekannte Nachrichtenagenturen Nigerias wurden mit Geldstrafen belegt. Sie veröffentlichten Social Media Beiträge, die unter anderem den Beschuss der Protestierenden durch die Sicherheitskräfte zeigten. Am 4. Juni verkündete die nigerianische Regierung ein Verbot von Twitter in Nigeria und wies Internetanbieter in Nigeria an, den Zugang zu Twitter zu blockieren. Auch Medienhäuser mussten ihre Twitter-Accounts deaktivieren.



Die nigerianischen Behörden haben seitdem Pläne aufgestellt, um Social-Media-Plattformen zu zwingen, sich in Nigeria zu registrieren und lokale Vorschriften einzuhalten, bevor sie offiziell zugelassen werden.

Social-Media-Plattformen haben den Nigerianer_innen geholfen, Informationen zu erhalten, zu kommunizieren, nützliche Dialoge und Gespräche zu führen und von den nigerianischen Behörden Rechenschaftspflicht einzufordern, insbesondere während der #EndSARS-Proteste.

Neben der gewaltsamen Unterdrückung der friedlich Demonstrierenden werden auch ihre Online-Stimmen zum Schweigen gebracht. Gesetzesvorlagen, die als „Hate Speech Bill“ und „The Social Media Bill“ bekannt wurden und schwere Strafen wie die Todesstrafe in einigen Fällen für Social-Media-Nutzer vorsehen, sind ebenfalls Anzeichen für die Rückschritte bei den Rechten auf freie